



VOS-Geschäftsstelle Uhlandstraße 120 10717 Berlin
Email: vos-berlin@vos-ev.de Homepage: www.vos-ev.de



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim
Email: vorstand@iedf.de Homepage: www.iedf.de

Berlin/ Mannheim, den 25.01.2021

Frau
Ministerpräsidentin des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern
Manuela Schwesig

Schloßstrasse 2 - 4
19053 Schwerin

Die Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR und der Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

vor wenigen Tagen erreichte uns aus dem Nachrichtenstudie des *NDR-MV aktuell* die Meldung, dass die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt, den systemnahen Angehörigen des ehemaligen DDR-Staatsapparates höhere Rentenbezüge bzw. Pensionen zu gewähren.

Die Verfolgtenverbände "Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V." (VOS) und "Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V." (IEDF) sind damit automatisch auf den Plan gerufen. Denn hier bestätigt sich eine Erfahrung, wie sie die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR machen müssen, seitdem die DDR verschwunden ist.

Eine politische Schiefelage, für die es im wiedervereinigten Deutschland keinen Vergleich gibt. Die ehemaligen Funktionäre des realsozialistischen Systems der DDR sind in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland in sozialer wie auch politischer Hinsicht „weich gelandet“. Die ehemaligen Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller aus der ehemaligen DDR sind nach erfolgter Wiedervereinigung hingegen „hart aufgeschlagen“ und finden sich seitdem am „Katzentisch“ der Gesellschaft wieder.

In den beiden vergangenen Jahren war der welthistorischen Ereignisse „Sturz der SED-Diktatur“ und „Herstellung der deutschen Einheit“ gedacht worden. Die Bundesregierung hatte hierfür extra eine Kommission eingesetzt.

Jeder politische interessierte Mensch, der den kalten Krieg zwischen den politischen

Systemen noch im Gedächtnis hat, weiß, dass die Flucht- und Ausreisebewegung eine enorme Wirkung auf das Kräfteverhältnis Ost/ West hatte. Die Ereignisse in der DDR des Jahres 1989 sind nicht denkbar ohne die jahrelang zu verzeichnende „Abstimmung mit den Füßen“.

Und die Kommission? In dem mehr als 200 Seiten umfassenden Abschlussbericht kommt das Phänomen „Flucht und Ausreise“ gar nicht vor. Diese auffällige Ignoranz gegenüber den DDR-Altübersiedlern kommt einer Missachtung gleich, die ihren Ursprung in einer länger zurückliegenden „politischen Entscheidung“ hat.

VOS und IEDF haben daher gemeinsam eine Stellungnahme zu dem Abschlussbericht der Kommission verfasst (Denkschrift), siehe Anlage.

Die einst unter dem Schirm des Grundgesetzes in der alten Bundesrepublik integrierten DDR-Übersiedler (Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekaufte) wurden - unter fadenscheiniger Berufung auf den Beitritt der DDR - in die Renten-gesetzgebung zum Beitritt der DDR mit einbezogen. Die unerträgliche Folge: Die Betroffenen erhielten für ihre in der DDR gelebte Widerständigkeit nachträglich die „RÜG-Quittung“. Es handelte sich, wie es die Bundesregierung erklärt, hierbei um eine „politische Entscheidung“. Eine gesetzgeberische Legitimierung für diese nicht rechtsstaatliche Vorgehensweise gibt es nicht.

Bei der Absicht Ihrer Landesregierung, die ehemaligen Funktionäre der ehemaligen DDR wirtschaftlich besser zu stellen, handelt es sich ebenfalls um eine „politische Entscheidung“. Die wird, damit sie wirksam wird, noch durch den Gesetzgeber legitimiert werden müssen.

Zwei „politische Entscheidungen“ im Vergleich.

Die eine betrifft eine Personengruppe, die mit ihrem mutigen Handeln einen historisch positiv zu bewertenden Prozess entscheidend mitgeprägt und befördert hat. Diese ca. 300.000 Menschen werden unversehens und nachträglich aus ihrer Sozialisierung herausgerissen und in sozialer, politischer und moralischer Hinsicht gedemütigt. Eine rechtsstaatliche Legitimierung gibt es erwiesenermaßen nicht. Ihrem Protest wird seitens der Politik seit Jahr und Tag mit Kälte und Ignoranz begegnet.

Der andere betrifft eine Personengruppe, die bis zum Ende der DDR dem SED-Apparat gedient hat. Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR hat die teilweise immensen Versorgungsansprüche der Funktionäre reduziert. Jedoch ist es den Betroffenen über mehrere Klagen beim Bundesverfassungsgericht gelungen, die von der SED begründeten Privilegien zumindest teilweise zu reaktivieren. Das aktuelle Vorhaben Ihrer Landesregierung ist daher ein weiterer Mosaikstein, der die eingangs skizzierte Schieflage vervollständigt.

Ein Rechtsstaat darf es jedoch nicht zulassen, dass sich die Täter und Systemanhänger einer Diktatur nach dessen Sturz sozial besser gestellt wiederfinden als diejenigen, die über Jahrzehnte unter ihnen leiden mussten und dafür gesorgt haben, dass die Diktatur

verschwindet. Dies darf nicht nur für die Nazidiktatur gelten, sondern muss auch im Umgang mit der zweiten deutschen Diktatur ein unumstößliches politisches Grundprinzip sein und bleiben.

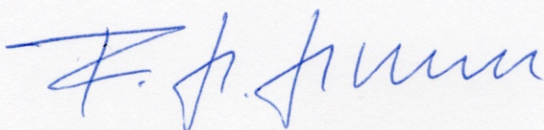
Die von Ihrer Landesregierung beabsichtigte Maßnahme haben wir im Grundsatz nicht zu kritisieren und tun das auch nicht.

Wir appellieren jedoch an Sie, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, darauf Einfluss zu nehmen, dass die unsensible Haltung der Politik gegenüber den DDR-Altübersiedlern beendet wird. Die Bundesregierung muss dringend davon überzeugt werden, dass sie in der Pflicht ist, den seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Fremdrenten-Konflikt endlich zu lösen.

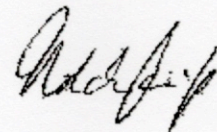
VOS und IEDF schlagen eine Bundesratsinitiative seitens Ihrer Landesregierung mit der Zielrichtung vor, die beschriebene Schieflage zufriedenstellend für DDR-Altübersiedler nachhaltig zurechtzurücken.

Die DDR-Flüchtlings- und SED-Opferverbände würden einer derartigen Initiative höchsten Respekt zollen!

Mit freundlichen Grüßen



Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW



Dr. Jürgen Holdefleiss
Vorsitzender IEDF e.V.

Anlage:

Denkschrift zum Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“